

Groß Sand: Entsteht die neue Stadtteilklinik ganz woanders?

Erzbistum Hamburg verzögert Verhandlungen über Klinik-Gelände. Rot-Grün verliert die Geduld und plant Ersatz – an anderen Standorten im Quartier.

Lars Hansen

Wilhelmsburg. Im Juli vergangenen Jahres schlossen die Notaufnahme und die Chirurgie des Wilhelmsburger Krankenhauses Groß Sand. Andere Abteilungen der Klinik im Besitz der katholischen Kirche sollten verbleiben und erst später am Marienkrankenhaus neu angesiedelt werden.

Vor wenigen Tagen dann der nächste Schock für den Stadtteil: Auch die verbleibenden Abteilungen werden im Sommer geschlossen. Von Fortführung nördlich der Elbe oder Mitarbeiterübernahme war keine Rede mehr. Auch die Zukunft des multidisziplinären Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) auf dem Klinik-Gelände ist ungewiss.

Nach heftigen Protesten der Wilhelmsburger versprach die Gesundheitsbehörde, als Ersatz für

Groß Sand zumindest eine Stadtteilklinik in Wilhelmsburg eröffnen zu wollen. Das sollte eigentlich auf dem Gelände der jetzigen Klinik erfolgen, doch die Verhandlungen mit dem Bistum über die Immobilien ziehen sich immer noch hin. Die Wilhelmsburger Bürger-schaftsabgeordneten sowie die Gesundheitspolitiker der Bürger-schaftsfraktionen von SPD und Grünen haben nun anscheinend die Nase voll: Sie fordern, die Stadtteilklinik auf anderen Grundstücken in Wilhelmsburg zu planen.

„Wilhelmsburg braucht dauerhaft eine starke und verlässliche Gesundheitsversorgung“, sagt Claudia Loss, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Da es weiterhin keine Einigung zwischen dem Erzbistum und der Stadt gibt, müssen jetzt schnellstmöglich auch andere Optionen in



2025: Mit großen Schildern wird am Klinikeingang darauf hingewiesen, dass es in Wilhelmsburg keine Notaufnahme mehr gibt.

Lars Hansen/HA

Wilhelmsburg geprüft werden.“ Zwei Alternativen werden im Antrag auch angedeutet: Flächen der IBA, die entlang der Wilhelmsburger Reichsstraße gerade neue Wohnquartiere entwickelt, sowie

eine Fläche des städtischen Seniorheimbetreibers „Pflegen und Wohnen“, der ein größeres Gelände neu geordnet und nun Flächen frei hat. „Beide Alternativen hätten auch den Vorteil, dass sie im Stadtteil zentraler liegen, als das alte Krankenhaus Groß Sand“, sagt der Wilhelmsburger Bürger-schaftsabgeordnete Michael Weinreich (SPD).

Weinreich ist sauer auf das Erzbistum Hamburg und die Pfarrei St. Maximilian Kolbe. Diese hätten in den Verhandlungen um die Immobilie Groß Sand und die Zukunft der Klinikreste weder Transparenz noch Kooperationsbereitschaft gezeigt. „Es gab mehrere Verhandlungsrunden, in denen immer neue Nachforderungen auf den Tisch kamen oder aber ohne Begründung Vereinbarungen abgelehnt wurden“, sagt er. „Wir stehen aber bei den Bürgerinnen und

Bürgern im Wort“, sagt Weinreich. „Deshalb können wir uns keine Verzögerungen leisten. Die Sozialbehörde hat einen Klinikentwickler beauftragt und der hat dem Vernehmen nach auch schon mehrere Interessenten, die als Betreiber der Stadtteilklinik infrage kämen. Um eine Ausschreibung zu starten, brauchen wir aber Klarheit über den Standort.“

Linus Görg, gesundheitspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion Hamburg, stimmt zu: „Wir brauchen dringend eine neue, dauerhafte Lösung, um die medizinische Versorgung in Wilhelmsburg sicherzustellen. Nach der Schließung des Krankenhauses Groß Sand muss der Aufbau einer Stadtteilklinik jetzt mit Nachdruck vorangetrieben werden“, sagt er.

„Gleichzeitig kommt es darauf an, gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung die ambu-

lante Versorgung in der Übergangszeit zu sichern und auszubauen. Dabei ist entscheidend, dass der Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Standort Groß Sand lückenlos weiterläuft und zukunftsorientiert weiterentwickelt wird.“

Claudia Loss ist noch ein weiterer Aspekt wichtig: „Gleichzeitig fordern wir das Erzbistum auf, den Sozialplan zügig zum Abschluss zu bringen, um zumindest den Beschäftigten Planungssicherheit zu geben“, sagt Loss, die lange selbst als Krankenschwester in Groß Sand gearbeitet hat. „Klar ist auch, dass die heutige Situation maßgeblich auf das Erzbistum Hamburg zurückzuführen ist, das über Jahre kein tragfähiges Konzept für Groß Sand vorgelegt hat.“

Über den rot-grünen Antrag stimmt die Hamburgische Bürgerschaft am 9. April ab.